

Offener Brief an den Polizeipräsidenten der Stadt Frankfurt, Stefan Müller

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident

ich wende mich an Sie , weil es momentan wieder wichtig ist, dass Sie, der Präsident der Polizei auch die Stimme der Demonstranten hören.

Schon 2 mal habe ich in den vergangenen 3 Jahren als Anmelderin von Demonstrationen dem Frankfurter Polizeipräsidenten einen offenen Brief geschickt, um den obersten Dienstherren der Polizei auf Mißstände in der Durchführung Ihrer Aufgabe, hinzuweisen.

In beiden Fällen war das von Erfolg gekrönt und die Mißstände wurden abgestellt.

Jetzt haben wir wieder eine solche Situation und ich schicke Ihnen wieder einen offenen Brief.

Ich fordere Sie auf , bei Ihren Behörden dafür zu sorgen, dass auch in dieser schwierigen Situation ihre Behörden die Durchsetzung der Versammlungs -und Meinungsfreiheit gewährleisten .

Es gibt offensichtlich Koordinationsschwierigkeiten der verschiedenen Behörden, Ordnungsamt einerseits und Polizei andererseits. Wenn der eine Hü sagt, kann der andere nicht Hot sagen.

Das war der Fall am Freitag den 3.11.23 bei der Palästinänerdemo.

Dort wurde mir verboten ein Flugblatt, dessen Inhalt mit dem Ordnungsamt abgesprochen war, zu verteilen.

Die Bezeichnung des Geschehens in Gaza als Genozid, abgesprochen mit dem Ordnungsamt, wurde verboten.

Die Verteilung von Flugblättern um für eine erlaubte Demonstration zu werben ist Bestandteil des Versammlungsrechts und kann von der Polizei nicht willkürlich verboten werden.

Es geht auch nicht an, dass den Demonstranten das Tragen von Schildern jedweden Inhalts verboten wird. Das ist Verletzung der Meinungsfreiheit.

Die Durchsetzung des Hamasverbots und des Verbots für Hamas zu werben kann nicht auf diese Weise durchgesetzt werden, dass jeder, der ein Schild trägt, verdächtigt wird, für Hamas zu werben.

Zur Erläuterung:

Ich Regina Stöber-Yurdakul habe für den 11.11.23 eine Demonstration angemeldet mit dem Titel :

Sofortiger Waffenstillstand in Gaza.

Das Ordnungsamt hat mich gebeten zur Einschätzung der politischen Richtung Ihnen darüber hinaus unsere Parolen zu übermitteln. Normalerweise, auch vom rechtlichen Standpunkt reicht das Thema , weil bei uns das Gesetz der Meinungsfreiheit herrscht und die Polizei keinen Einfluß auf die Inhalte einer Veranstaltung nehmen kann , soweit es sich nicht um verbotene Inhalte handelt.

In dem Gespräch mit der Versammlungsbehörde, Herrn Schirmer, habe ich ihm klar gemacht , dass wir das Existenzrecht Israels keinesfalls in Frage stellen und wir auch keine Befürworter von Hamas sind. Das sollte eigentlich reichen. Er bat mich zur genaueren Einschätzung auch für seine Kollegen gebeten, ihm darüber hinaus auch noch unsere Parolen zuzuschicken. In Anbetracht der momentanen Situation war ich dazu bereit.

Diese lauten:

„Sofortiger Waffenstillstand in Palästina

Befreiung aller politischen Gefangenen von beiden Seiten:
238 durch die Hamas , 6000 durch Israel

Stop den Genozid an den Palästinensern

Stop das Massaker an der Zivilbevölkerung

Eine Kollektivbestrafung von Zivilisten ist ein Kriegsverbrechen:
Kein Beschuß von Krankenhäusern und Wohnhäusern
Kein Aushungern , Ausdursten , Verweigerung von medizinischer Versorgung, Verweigerung
von Benzin, Abkappen der Kommunikation der Bevölkerung

Für die Umsetzung der 2 Staaten-Lösung

Stop die Besatzung von Palästina, keine illegale Besiedlung immer weiterer Gebiete

Stop die Apartheid „

Das war am Dienstag, den 31.10.23 um 12:50 Uhr.

Wenn hier ein Verbot berührt worden wäre, hätte mir die Versammlungsbehörde das sofort mitteilen müssen. Ich muß davon ausgehen , dass diese Parolen in der Behörde begutachtet wurden, sonst hätte er mich nicht aus diesem Grund darum gebeten. Da ich bis Mittwoch keine solche Antwort bekam, habe ich mit diesen Inhalten ab Mittwoch in zahlreichen Telegramkanälen mobilisiert .

Ich verwehre mich mit Entschiedenheit dagegen, mit Inhalten , die zuvor mit dem Ordnungsamt abgesprochen waren, hinterher kriminalisiert zu werden. Das ist Polizeiwilckür.

Herr Polizeipräsident sorgen sie bitte dafür , dass ihre Behörden an einem Strang ziehen.

Hochachtungsvoll

Regina Stöber-Yurdakul

